

## Scherben einsammeln in Erfurt

Zu: „Dumme Mitte“, FR-Leitartikel vom 8. Februar

### Was die Politiker uns vorleben

Armes Deutschland, wie tief sind unsere Politiker gesunken? Es gibt nichts was es nicht gibt. Über Korruption, Vetternwirtschaft, eigene Vorteilsnahme, verschwinden von Daten und Unterlagen. Die Liste lässt sich unendlich verlängern. Unsere Politiker predigen dem gemeinen Volk, die Verrohung der Gesellschaft würde ständig zunehmen. Sie sollen jedoch mal überdenken, was sie uns vorleben! Der Fisch fängt immer am Kopf an zu stinken!

Der Unterschied zwischen einem Politiker und Staatsmann: Ein Politiker denkt zuerst an sich, dann an das Volk. Der Staatsmann denkt zuerst an das Volk, dann an sich. Wir haben nur noch Politiker.

Gisela Wilken, Maintal

### Opportunistische Manöver

Der interessierte Bürger hat eine schreckliche Woche erlebt. Ein Liberaler lässt sich von der nationalistischen, neofaschistischen AfD zum Ministerpräsidenten wählen und nimmt die Wahl auch noch an. Zwei Parteivorsitzende eilen nach Erfurt, um die Scherben einzusammeln. Dort konservieren sie undifferenzierte dogmatische Grundsätze. Keine Zusammenarbeit mit den „Schmuddelkindern“: AfD und

Linken! Fordern die „Schmuddelkinder“ aber auf, sich einer Lösung nicht zu widersetzen. Das konnte nicht gutgehen. Der Chef der Liberalen rettet sich mit einem opportunistischen Manöver, die Parteivorsitzende der CDU scheitert an ihren eigenen Maßstäben und an „alten weißen Männern“ in der CDU. Männer, die Ruhe fordern und der Unruheherd sind. Friedrich Merz will nun CDU-Vorsitzender und Kanzlerkandidat werden. Will er AKK-2 machen? Wird nun die CDU die große Koalition nicht mehr wollen? SPD und B90/Grüne stehen rat- und fassungslos am Rande. Die Linke wehrt sich gegen die Bezeichnung ein „Schmuddelkind“ zu sein, und die AfD genießt ihren Ruf, Tabus zu brechen und sich um die Folgen nicht zu kümmern. Trotz aller hektischen Beredsamkeit und Umbrüchen hat noch niemand den Meister gefunden, der die gerufenen Geister in die Ecke stellt. Dieter Faulenbach da Costa, Offenbach

### Verändert Euer Politikverständnis!

Ich kann nicht verstehen, dass die CDU die Linke immer so ver-teufelt, auf eine Ebene mit der AfD stellt. Insbesondere der sehr junge Generalsekretär Paul Ziemiak, der die Vergangenheit der „Vereinigung“, den Zwangsanschluss des Ostens nicht selbst erlebt hat. Die CDU hat die alten Blockflöten und deren Vermögen

still und leise aufgesogen. Schlimme Vertreter aller alten Parteien der DDR Nomenklatur, die kurz vor der von Egon Krenz am 18.10.1989 verkündeten Wende der SED und angeschlossenen Blockparteien aus diesen ausgetreten sind, in die Kohl-CDU eingetreten sind, sind in der CDU zumindest örtlich noch immer aktiv, sitzen in den Räten, bestimmen die Politik mit. Ich könnte etliche Namen aus unserer Stadt nennen. Also ist die CDU von der Vergangenheit der DDR Granden bei uns im Osten genau so verseucht, wie Die Linken. Es gibt einen Spruch: Wer im Glashaus sitzt, sollte nicht mit Steinen werfen, CDU!

CDU, bitte mit der Linken genauso umgehen, wie mit der eigenen aufgenommenen Ostmitgliedschaft. Es gibt ja auch einen natürlichen Prozess der Mitgliedschaftssekktion durch Alter. Das ist bei Linken und CDU ebenso. Verändert deren Politikverständnis. Johannes Koll, Pirna

### Geschichte wiederholt sich nur als Farce

Wir wissen, dass die Geschichte sich nicht wiederholt. Wenn doch, dann als „Farce“! (Karl Marx)

Handschlag von Hindenburg-Hitler, Kemmerich-Höcke. Herzlichen Glückwunsch, Thüringen. Rotraut Lommel, Frankfurt

Diskussion: [frblog.de/debakel](http://frblog.de/debakel)

## Eine andere Republik

Zu: „Verfassungsrichter entscheiden wohl pro AfD“, FR-Politik vom 12. Februar

Sehr geehrter Herr Professor Voßkuhle,

kann das Bundesverfassungsgericht die den Tatsachen entsprechende Aussage Innenminister Seehofers, dass „die gegen diesen Staat sind“ (gemeint ist die AfD), wirklich verurteilen? Ich kann auch nicht sehen, dass Seehofers Bezeichnung der AfD-Angriffe auf Bundespräsident Steinmeier als „staatszersetzend“ zu missbilligen und verbotswürdig sind. Denn Seehofer beschreibt mit diesen – noch vorsichtigen – Formulierungen realistisch das von der AfD angestrebte Ziel, die „Altparteien“ und deren Politik – die prinzipiell auf dem Grundgesetz beruht – sowie die sogenannte „Lügenpresse“ zu überwinden.

Wie ernst dieses Ziel zu nehmen ist und welche Gefahr die AfD für unseren freiheitlich-sozialen Rechtsstaat darstellt, machen viele Aussagen von AfD-Funktionären deutlich, die nicht nur NS-Ideologie-nahe sind, sondern die die NS-Verbrechen auch noch verniedlichen. Deshalb ist es die Pflicht eines Innenministers, auf diese Gefahren hinzuweisen. In dieser Sache von einem Regierungsmitglied Neutralität zu verlangen, ist mit der ihm aufgetragenen Grundrechtswahrung schon nicht mehr vereinbar.

Es wird zugleich deutlich, dass die vom Bundesverfassungsgericht in früheren Entscheidungen geforderte Neutralität von Regierungsmitgliedern, die einer

Chancengleichheit der Parteien dienen soll, nicht unproblematisch ist. Auch Regierungsmitglieder müssen Kritik an politischen Gegnern üben dürfen. Allerdings wurde die Neutralitätsforderung durch die Formulierung eingeschränkt, dass es sich um eine „einseitige Stellungnahme“ handeln müsse. Dass die AfD eine andere Republik will, ist aber keine einseitige Behauptung, sondern ergibt sich aus den vielen hasserfüllten AfD-Anklagen gegen Politik und Politiker der sogenannten Altparteien und gegen die freie Presse, die als „Lügenpresse“ diffamiert wird, sowie aus der inhaltlichen Nähe zur NS-Ideologie.

Man kann und man muss mit der Politik der sogenannten Altparteien nicht immer übereinstimmen, aber die pauschale Herabwürdigung und das beabsichtigte „Jagen“ der „Altpolitiker“ zeigen den zerstörerischen Antrieb der AfD. Die vorsichtigen Formulierungen Seehofers, den ich durchaus nicht schätze, beschädigen nicht die Chancengleichheit von Parteien, die auf dem Boden des Grundgesetzes stehen, sondern weisen darauf hin, dass die AfD den grundgesetzlich geforderten Rechts- und Sozialstaat bedroht. Eine formale Gleichbehandlung einer Partei, die nicht wirklich auf dem Boden des Grundgesetzes steht, wäre auch fragwürdig.

Ernst Niemeier, Hamburg

# HP\_0LES02FRDA - B\_180334

